Tombo eine eingehende Kritik der besagten Zeitschrift für die „Monatshefte" in Aussicht gestellt hat, worin er die darin vertretenen Tendenzen von verschiedenen Gesichtspunkten aus eingehend zu beleuchten gedenkt.

Einen besonderen Wert erhielt der Vortrag noch dadurch, dass er zu einer lebhaften Diskussion über die angeregten Fragen Anlass gab, bei der die Ansichten oft weit auseinander gingen. Besonders war dies der Fall, als man die Bedeutung der klassischen Sprachen in unserem modernen Erziehungssystem behandelte. Wer sich mit denselben gründlich vertraut gemacht und ihren veredelnden Einfluss an sich selbst erfahren hat, möchte dieselben nur ungern aus unseren Mittelschulen verbannt sehen. Denn unsere moderne Zivilisatio wurzelt am Ende doch auf griechischem und römischem Boden.

Andererseits darf man der Entwickelung eines selbständigen Deutschtums auch nicht entgegenkämpfen. Der Gedanke, dass ein solches einmal berufen sein könnte, unter künftigen Generationen eine ähnliche Rolle zu spielen, wie sie das klassische Altertum bisher gespielt hat, lässt sich nicht ohne weiteres von der Hand weisen.

Auch die Koedukation der Geschlechter wurde kritisch beleuchtet. Es wurden treffliche Bemerkungen für und wieder dieselbe gemacht. Die uralte Erfahrung, dass jedes Ding seine Licht- und Schattenseite habe, trat dabei recht klar zutage, und obwohl es unsere Pflicht ist, stets nach dem Besseren zu streben und das Minderwertige fallen zu lassen, so dürfen wir uns dennoch nicht der Hoffnung hingeben, dass das Ideal, das uns vorschwebt, je erreicht wird. Denn etwas absolut Vollkommenes wird der Mensch auch mit dem besten Willen nie zustande bringen.

L. H.

II. Umschau.

Die Beamten der nationalen Lehrervereinigung (National Educational Association) haben Schwierigkeiten ohne Ende, um ermässigte Fahrpreise für die Reise nach Los Angeles, wo bekanntlich in diesem Jahre die Tagung der N. E. A. stattfindet, zu erlangen. Weil Illinois und Ohio den Fahrpreis auf zwei Cents für jede Meile erniedrigt haben, so haben sich alle Bahnen östlich vom Mississippi geweigert, den halben Fahrpreis zu gewähren, und da jetzt auch New York im Begriffe steht, die Meilenpreise herabzusetzen, so schwindet fast die letzte Hoffnung, in diesem Jahre zu billigem Preise an die Küste des Stillen Ozeans zu gelangen. Die Eisenbahnkönige suchen sich bekanntlich auf ihre Weise zu rächen!

Am Montag, den 8. Juli, 2 Uhr nachmittags, wird die Tagung der N. E. A. mit einer Begrüssungsansprache des Humoristen Bob Burdette eingeleitet. Nachdem Dr. Harris darauf erwidert, wird Präsident Schaeffer mit einer Rede über „Wie kann die Schule die Friedensbewegung unterstützen?" die Sitzungen eröffnen. Präsident Storm von Iowa ist der letzte Redner des ersten Tages. Er spricht über „Erziehung und Demokratie".

Am Dienstag darauf, morgens 8 Uhr, spricht zuerst Herr Justo Sierra, der Erziehungsminister des Staates Mexico, um die Grüsse der Schwesterrepublik zu überbringen. Dann folgen der Reihe nach der Bischof Conaty über „Die Persönlichkeit des Lehrers" und Prinzipal Thompson von Ohio über „Die Schule in ihren wirtschaftlichen Beziehungen".

Am Mittwoch stehen von morgens 8 Uhr an die folgenden Redner und Reden auf der Liste: Schulsuperintendent Cooley über „Sollen die Lehrergehälter nach Verdienst oder nach Zeitdauer (by the clock) abgestuft werden; Superintendent Keyes über „Lehrerpensionen"; Präsident Nash von Süd-Dakota über „Other forms of compensation for teachers".

Am Donnerstag wiederum drei Vorträge: Superintendent Pearse aus Milwaukee über „Schulen für Minderbegabte in Verbindung mit den Volksschulen"; J. W. Olsen von St. Paul über „Die Schule und die Bücherei; ein noch nicht bestimmter Redner über „Die Schule und Frauenvereine".

Am Freitag, dem fünften und letzten Tage der Sitzungen, sprechen dann noch Präsident Wheeler von Kalifornien über „Call nothing common" und Prof. Adams vom University College in London über „Ein auffälliger Mangel an gemeinsamer Terminologie".

Trotz der Erklärungen des preussischen Kultusministers von Studt, dass der berüchtigte Bremserlass keine Hemmung der Lehrerbesoldungen bezwecken solle, wird von den untergeordneten Behörden munter weiter gebremst. Der Landrat des Landkreises Düsseldorf hat an die Bürgermeister eine Verfügung erlassen, dass den Gemeinden, welche die Alterszulagen der Lehrer über 180 Mark heraufsetzen, der widerrufliche Staatsbeitrag zu den Schulunterhaltungskosten entzogen werden soll. Dieser neue verbesserte Bremserlass erweist sich für die notwendige Erhöhung der Lehrerbesoldung als ausserordentlich hemmend, da fast alle Gemeinden des Landkreises Düsseldorf eine Gehaltsaufbesserung beschlossen haben oder noch beabsichtigen. Dass in Lehrerkreisen eine solche Verfügung die Erbitterung, die der Bremserlass hervorgerufen hat, noch verstärken wird, ist leicht verständlich. (F. S.)

In den Berliner Gemeindeschulen wurden die Schulpausen neu geregelt und zwar hat die Stadtschulkommission in Berlin beschlossen, mit Beginn des neuen Schuljahres auch in den Gemeindeschulen um 10 Uhr eine Pause von 20 Minuten, zwischen den übrigen Unterrichtstunden aber eine solche von je 10 Minuten eintreten zu lassen. Auch während der 10 Minuten-Pausen sollen sämtliche Fenster der Klasse geöffnet werden. Bei rauher Witterung sollen, falls die Schüler das Zimmer nicht verlassen, körperliche Freiübungen in diesen Pausen vorgenommen werden.

Die preussische Unterrichtsverwaltung beabsichtigt, im Jahre 1907 Direktorinnen für Lehrerinnenseminare anzustellen. Die Einrichtung ist fakultativ. Als Gehalt soll eine Summe von 3000 bis 4200 M. vorgesehen sein.

Mit dem Beginn dieses Schulhalbjahres wird in sämtlichen Bezirksschulen der Stadt Chemnitz wahlfreier Unterricht in französischer und englischer Sprache eingeführt. Dazu sollen die Schüler, die nach dem Zeugnis des Klassenlehrers begabt und leistungsfähig sind, zugelassen werden. Der Lehrgang ist vierjährig und beginnt mit dem fünften Schuljahre bei 2 Wochenstunden für die Abteilung in jeder Sprache. Die Vorlage des Rats wurde nach der Berichterstattung des Direktors Stolze im Stadtverordnetenkollegium einstimmig angenommen. In derselben Sitzung wurde auch die Einführung des Kochunterrichts für die mittleren Volksschulen beschlossen.

(Korresp. f. d. Lehrerv.)

Der Rat der Stadt Dresden hat, wie die „D. Tagesztg." mitteilt, genehmigt, dass von Ostern ab Mädchen in sämtlichen städtischen Gymnasien und Realgymnasien am Unterrichte von der Klasse Untertertia ab teilnehmen dürfen. Bisher war das nur im Wettiner-Gymnasium gestattet worden. Von der Erlaubnis hatten allerdings nur ältere Damen Gebrauch gemacht, die dem Unterricht in den oberen Klassen als Hospitantinnen beiwohnten. Ausserdem hat der Rat die Errichtung eines besonderen Mädchengymnasiums beim Ministerium beantragt und seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, einen Zuschuss zu geben. Vermutlich soll also die erwähnte Genehmigung nur bis zur Vollendung dieses besonderen Mädchen-Gymnasiums dauern, so dass sie kein Zugeständnis an den Gedanken der gemeinsamen Erziehung beider Geschlechter sein würde.

Auch im Gymnasium in Bautzen sollen im Sommersemester Mädchen in die Sexta aufgenommen werden. Ob eine besondere Parallelklasse für Mädchen gebildet wird, oder ob beide Geschlechter in einer Klasse vereinigt werden, ist noch nicht endgültig entschieden worden.

Um möglichst vielen Eltern Gelegenheit zu bieten, ihre Söhne eine fremde Sprache lernen zu lassen, hat der Schulvorstand in Weimar beschlossen, in den vier oberen Klassen der städtischen Elementarschulen einen nicht obligatorischen französischen Unterricht (vier Stunden wöchentlich) einzurichten. Mit der Erteilung des Unterrichts, der zu Ostern beginnen soll, werden zunächst sprachkundige Volksschullehrer betraut werden. Zugelassen dazu sind solche Schüler, die sich durch Fleiss, gute Leistungen und lobenswertes Betragen ausgezeichnet haben; die Zugelassenen werden von dem Gesang- und Schreibunterricht befreit.

Preussen. Seit mehr als einem Jahrfünft tritt das chronische Leiden der preussischen Volksschule, der Lehrermangel, mit besonderer Heftigkeit auf und nötigt die zu seiner Bekämpfung berufenen Organe zu ganz besonderen Abwehrmassregeln. Vor allen Dingen ist es die Ursache, dass die preussische Unterrichtsverwaltung die Rekrutierung unseres Standes mit ei-

nem Eifer zu betreiben sich genötigt sieht, der über der Quantität die Qualität der Aspiranten vergisst, oder vergessen muss. Das königlich preussische statistische Bureau bietet nun in seinen Zahlen über die Frequenz der Lehrerbildungsanstalten wertvolles Material, aus dem man erkennen kann, welche Wirkung die zur Hebung des Übels angewendeten Mittel: Die Neugründung von Seminaren und Präparandenanstalten und die Errichtung von ausserordentlichen Kursen haben. Die Anzahl der Lehrerseminare ist von 111 mit 9850 Zöglingen im Jahre 1892 auf 144 mit 12,254 Zöglingen im Jahre 1906 vermehrt worden, die der Lehrerinnenseminare dagegen von elf mit 703 Zöglingen im Jahre 1892 auf 17 mit 1458 Zöglingen im Jahre 1906. Die Zahl der Zöglinge in den Lehrerinnenseminaren ist also in den letzten neun Jahren fast auf das Doppelte gestiegen. In sechs preussischen Provinzen ist die Besetzung der Lehrerseminare in den Jahren 1902 bis 1904 zurückgegangen. Dieser Rückgang wird allerdings durch die Teilnehmer an den ausserordentlichen Kursen völlig ausgeglichen und überholt. Der Besuch der Lehrerseminare in den östlichen Provinzen (Schlesien und Posen) weist infolge der in grosser Zahl aus dem Westen herübergelockten Zöglinge eine Zunahme auf, während dagegen als Folge dieser Lockungen der Besuch der Lehrerseminare in den westlichen Provinzen (Rheinprovinz, Hessen-Nassau) recht gering ist und weit hinter der Bevölkerungszunahme zurückbleibt. Das wirksamste Mittel, die Kurse zu füllen, sind die hohen Unterstützungen aus der Staatskasse. Im Jahre 1906 z. B. erhielt jeder Seminarist 225 Mark und jede Seminaristin 211 Mark gegen 152 bezw. 155 Mark im Jahre 1902.

In Frankfurt a. M. genossen von 85,000 Schülern 720 ganze, 3728 teilweise Lernmittelfreiheit. Der Magistrat kann sich für volle Unentgeltlichkeit nicht erwärmen und findet darin die beste Lösung der Frage, dass die Rektoren ermächtigt werden, im Falle der Bedürftigkeit die Lernmittel kostenlos zu bewilligen.

Hamburg lässt sich die musikalische Erziehung seiner Volksschüler sehr angelegen sein. Ihr dienten fünf Konzerte, die vom Verein Hamburgischer Musikfreunde und vom Lehrerverein zur Pflege der künstlerischen Bildung veranstaltet worden waren. Im ganzen sind 11,000 Karten zur Verteilung gekommen. An dem hocherfreulichen Erfolg hat u. a. auch der Lehrer-Gesangverein bedeutenden Anteil.

Die „Tägliche Rundschau" schreibt: „In der vorletzten Berliner Stadtverordnetenversammlung fällte der neue Stadtschulrat ein recht ungünstiges Urteil über die achtklassige Gemeindeschule, weil nur verhältnismässig wenig Kinder die oberste Klasse erreichten. Die Durchführung der vollen achtklassigen Schule erhofft Herr Stadtrat Dr. Fischer nur von der gemeinsamen Erziehung beider Geschlechter. Dieser Massregel sind die leitenden Männer sowohl im Provinzialschulkollegium als auch im Kultusministerium keineswegs abgeneigt. Indessen müsse man etwa bis 1910 noch warten. Dann würde ein gemeinsamer breiter Unterbau in vier Klassen einzurichten sein, in denen Knaben und Mädchen vollständig gleichen Unterricht geniessen. Erst von da ab solle eine Trennung insofern eintreten, als diejenigen Stunden, in denen die Mädchen Handarbeitsunterricht empfangen, für die Knaben zu Handfertigkeitsstunden benutzt würden.

Der Errichtung von Waldschulen hat der Berliner Magistrat zugestimmt und beschlossen, in den Stadthaushaltetat für 1907 die Summe von 300,000 M. für diesen Zweck einzustellen. In den Walderholungsstätten sollen die der Erholung bedürftigen Gemeindeschulkinder nicht nur unterrichtet werden, sondern auch wohnen und schlafen. Vorläufig sind Einrichtungen für eine Gesamtzahl von 200 Schulkindern in Aussicht genommen.

Ungeteilter Unterricht. Derselbe ist an zwei Gymnasien in München eingeführt. Der dortige Gymnasiallehrerverein hat in einer Versammlung eine Erörterung darüber veranstaltet, ob sich der geschlossene Vormittagsunterricht bewähre oder nicht. Der Referent Dr. Fischer sprach sich dahin aus, dass durch diesen Unterricht Nachteile nicht eingetreten seien, vielmehr konnten wesentliche Vorteile zur allgemeinen Zufriedenheit aller beteiligten Kreise, der Lehrer, der Schüler und Eltern, wahrgenommen werden. Deshalb sei mit allem Nachdruck dahin zu wirken, dass die ungeteilte Unterrichtszeit ausgebaut und, wo sie noch nicht eingeführt, allgemein angebahnt werde. Rektor Nicklas stellte fest, dass die am Theresien-Gymnasium gemachten Erfahrungen die Einführung des ge-

schlossenen Vormittagsunterrichts voll gerechtfertigt erscheinen lassen. Die Eltern hätten sich fast ausnahmslos zustimmend geäussert. Es habe sich gezeigt, dass die Leistungen der Schüler tatsächlich die gleichen wie früher sind. Von einer Überanstrengung sei nicht das mindeste wahrzunehmen gewesen, auch nicht von Interesselosigkeit der Schüler in den letzten Stunden; einer solchen könne durch verständige Abwechslung in den Lehrgegenständen vorgebeugt werden. Trotz des freien Nachmittags seien die Schüler am anderen Tage nicht etwa zerstreut, sondern im Gegenteil frisch. Auf die Hausaufgaben, durch die die Jugend in gewissem Grade zu selbständiger Arbeit erzogen werde, könne keinesfalls verzichtet werden. Dr. Hirmar bemerkte, dass am Wilhelms-Gymnasium sich 95% der Eltern für die Reformzeit erklärten.

Wie lang soll eine Unterrichtsstunde sein? Dr. med. Ludwig Wagner, Oberlehrer und approbierter Arzt in Idar, nennt im Anhange seiner Bearbeitung des äusserst beachtenswerten Buches von Maria v. Manaceine „Die geistige Überbürdung in der modernen Kultur" die fast allgemein üblichen Lektionen von der ungefähren Dauer einer Stunde „einen gedankenlos übernommenen Unfug aus alter Zeit". Er führt zur Begründung die Ergebnisse der von verschiedenen Psychologen angestellten Untersuchungen an, die übereinstimmend ergeben, dass die Fähigkeit, aufzumerken, bei jüngeren Kindern nach 20, bei älteren nach 30 Minuten bereits erschöpft ist. Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass ein Teil der Lektion nicht eigentlich zum Unterricht, sondern zu anderen Zwecken (Wiederholung, Einübung) verwandt wird, kommt Wagner zu dem Ergebnis, dass eine Dauer von 45 Minuten das hygienisch noch zuläsige Maximum sei, über das unter keinen Umständen hinausgegangen werden sollte, und dass für kleine Kinder halbstündliche Lektionen zu empfehlen seien.

Der Schulkampf in der preussischen Ostmark spitzt sich immer mehr zu. Das offiziöse Telegraphenbureau verbreitet folgende Meldung aus Posen: Die Zahl der gegenwärtig beim deutschen Religionsunterricht streikenden polnischen Kinder übersteigt bereits 40,000 und ist in stetem Wachsen begriffen infolge Schürung durch die polnische Geistlichkeit.

Regierung und Staatsanwalt gehen jetzt energisch gegen den Schulstreik vor. So wurde von der 2. Strafkammer zu Posen der Redakteur des „Gonic Wielkopolski" Szczotanski wegen Veröffentlichung eines Berichtes, worin die Eltern aufgefordert werden, ihre Kinder zum Widerstand gegen die Lehrer aufzumuntern, zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Der Redakteur der „Pracac Swi-tala" wurde sodann wegen eines ähnlichen Artikels, da er bereits mehrfach vorbestraft ist, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In Zabrze (Oberschlesien) hat das Amtsgericht zwei Vätern streikender Schulmädchen das Erziehungsrecht entzogen und die Zwangserziehung der Kinder angeordnet. Das hat geholfen, die renitenten Schulväter sind alsdann zu Kreuz gekrochen und haben ihren Töchterlein anbefohlen, sich wieder hübsch artig der deutschen Sprache zu bedienen. Gegen den Propst Laubitz in Hohensalza und andere Pröpste der Provinz Posen leitete der Staatsanwalt ebenfalls Untersuchungen ein. Stadtverordnete, welche ihren Kindern verbieten, im Religionsunterricht in deutscher Sprache zu antworten, werden ihrem Amt als Mitglieder der Schuldeputation enthoben. Eine Mediateingabe des Bischofs von Gnesen an den Kaiser um Genehmigung der Erteilung des Religionsunterrichtes in polnischer Sprache wurde kurzweg abgelehnt.

Das Oktoberheft des Zentralblattes für das gesamte Unterrichtswesen in Preussen enthält eine Übersicht über die Frequenz der Lehrerbildungsanstalten nach dem Stande vom 1. Mai 1906. Aus derselben ist zu ersehen, dass die Zahl der Seminaristen, Seminaristinnen und Präparanden in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. Während im Jahre 1904 die Seminarkurse (Haupt und Nebenkurse) von 12,128 Zöglingen besucht waren, stieg ihre Zahl bis 1. Mai 1906 auf 13,216. Die Zahl der Präparanden wuchs im gleichen Zeitraum von 17,020 auf 20,499. Auffallend stark ist die Zunahme der Frequenz der staatlichen Lehrerinnenseminare. Es stieg die Zahl der Seminaristinnen vom Jahre 1892 bis 1906 von 703 auf 1458, also um mehr als 100 Prozent, während die Zahl der Seminaristen sich in der gleichen Zeit um 30 Prozent vermehrte.

Gegenüber den Bestrebungen eines grossen Teils der Bremer Lehrerschaft auf Beseitigung des Religionsunterrichts aus den öffentlichen Schulen hat jetzt der

Bremer Protestantenverein Stellung genommen. Er geht nicht so weit wie jene Forderungen, verlangt aber folgende Reformen: Der Beginn des lehrplanmässigen Religionsunterrichts soll in das dritte Schuljahr gelegt werden. In den ersten beiden Schuljahren sollen religiös-sittliche Anregungen in den Anschauungs- und Lesestunden gegeben werden. Notwendig sei eine intensivere Behandlung des Neuen Testaments und eine Beschränkung der alttestamentlichen Stoffe. Ebenso wird eine Reduzierung der biblischen Erzählungen dringend empfohlen. Der Memorierstoff soll nur den Zweck haben, die religiös-sittlichen Gedanken und Grundsätze zu befestigen, er soll deshalb möglichst organisch aus dem Unterrichtsstoff herauswachsen. — Die Eingabe betont, dass alle diese Vorschläge auf der für Bremen selbstverständlichen Voraussetzung beruhen, dass bei der Aufstellung eines Lehrplans für den Religionsunterricht keinerlei dogmatische Rücksichten obwalten, und dass ebensowenig die Unterrichtsarbeit nach diesem neuen Lehrplan persönlicher dogmatischer Beeinflussung, von welcher Seite sie auch komme, ausgesetzt sein dürfe. Die Dogmatik sei Sache der Kirche, nicht der Schule.

Im Schuljahr 1905/06, über das jetzt die Berliner städtische Schuldeputation ihren Jahresbericht erstattet hat, ist die Zahl aller Schulen Berlins auf 423, die Zahl aller in ihnen sitzenden Schüler und Schülerinnen auf 270525 gestiegen. Von diesen Schulen sind 368 öffentlich, die übrigen 55 sind Privatschulen (einschliesslich zwei Schulen der jüdischen Gemeinde). Zu den öffentlichen Schulen gehören 280 Gemeindeschulen mit 225,237 Schülern und Schülerinnen. Daneben gab es für höhere Lehranstalten noch 22 Vorschulen mit 3634 Schülern. Die 14 Realschulen hatten 6107 Schüler, die zwei Oberrealschulen 1091 Schüler, die acht Realgymnasien 4130 Schüler, die 15 Gymnasien 6831 Schüler. Die acht höheren Mädchenschulen wurden von 5125 Schülerinnen besucht. Dazu kamen noch mehrere Schulen von Blinden-, Taubstummen-, Waisen- und sonstigen Erziehungsanstalten, sowie von Vereinen, Kirchen u. s. w. In der Reihe der Privatschulen stehen obenan 38 höhere Mädchenschulen mit damals 11,283 Schülerinnen — über doppelt so viel, wie die Schülerinnenzahl der öffentlichen höheren Mädchenschulen. Höhere Knabenschulen in Privatbesitz gab es noch fünf mit 1708 Schülern. Die zwei jüdischen Schulen hatten 574 Schüler und 433 Schülerinnen. Ausserdem bestanden noch einige private Mittel- und Elementarschulen für Knaben und für Mädchen.

Kultusminister Dr. v. Studt verbreitete sich im preussischen Landtage über den Schulstreik in Polen. Er erklärte, dass der Streik merklich abflaue und dass die Zahl der streikenden Kinder sich von 55,895 auf 29,125 verringert habe. Ferner betonte er, dass es sich bei dem Streik nicht um eine Religionsfrage handle, sondern dass hinter der ganzen Bewegung die allpolnische Propaganda stecke, die ausschliesslich politische Zwecke verfolge.

In den deutschen Reichstag sind im ersten Wahlgang folgende Männer der Schule gewählt worden: Rektor Sommer, Naumburg-Weissenfels; Rektor Enders, Kreis Sonneberg; Stadtschulrat Dr. Pfundtner, Breslau; Schulrat Kolbe, Fraustadt; Lehrer Sittart (Zentr.), Aachen. Unterlegen sind: Dr. Sickinger, Mannheim; Dr. Neufert, Charlottenburg, Tews, Pautsch, Rosin u. a.

Die Waldschule in Charlottenburg blieb bis Weihnachten geöffnet. Weihnachtsfeier unter freiem Himmel und jubelnde Weihnachtslieder im schweigenden Wald bildeten den Schluss. Eröffnung im Frühjahr.

Frankfurt a. M. gründete ein Mädchen-Realgymnasium, da der Kultusminister die Angliederung von Gymnasialkursen für Mädchen an das Realgymnasium für Knaben abgelehnt hat.

Warum die 15,000 Einwohner von Elmshorn (Schleswig) die Lehrer nicht besser bezahlen, sagte ihr Bürgermeister: ....„je erstklassiger das Material, desto schneller geht es von hier fort, hat das Kollegium deshalb gesagt, lieber einen weniger guten nehmen, der länger bleibt, als erstklassiger, der doch bald wieder davonläuft."

Prof. Eugen Kühnemann schreibt im Oktoberheft der „Deutschen Kultur" über die Gründung einer Volksschulfakultät an der Posener Akademie, wie folgt:

„Nach der Statistik sind unter 986 Hörern des letzten Winters 215 Lehrer und Lehrerinnen gewesen. Ihrem Bedürfnis nach Universitätstudium könnte ja hier durch Gründung einer besonderen Volksschulfakultät Genüge gesche-

hen; das erste Lehrerzeugnis wäre Bedingung für die Aufnahme, eine in den Anforderungen selbständiger wissenschaftlicher Leistungen erhöhte Prüfung für Mittel- und höhere Töchterschulen das Ziel. Im Amte bewährten Lehrern bis zu einem bestimmten Alter könnten durch Beurlaubungen auf etwa ein Jahr Erleichterungen zur Beteiligung geschaffen werden. Da hätte Posen durch eine praktische Sondereinrichtung auch Zuspruch aus den deutschen Kernlanden."

Abiturienten höherer Lehranstalten im Volksschuldienste. Für Abiturienten an Gymnasien und Oberrealschulen, die in den Volksschuldienst übertreten wollen, hat die hessische Schulbehörde eine Neueinrichtung getroffen. Früher mussten solche Abiturienten nach einem praktischen Dienstjahr die Prüfung in Pädagogik, Methodik und Musik an einem Seminar nachholen, um sich nach einem weiteren Dienstjahr der Staatsprüfung zu unterziehen. Das ist fernerhin nicht mehr der Fall. Vielmehr müssen sich die Abiturienten von jetzt ab einem halbjährigen Abiturientenkursus in Darmstadt unterziehen. Durch Fachleute (Kreisschulinspektoren, Seminardirektoren, Seminarlehrer) werden sie praktisch und theoretisch in die pädagogische Wissenschaft eingeführt.

Auch heuer wird wie im Vorjahre an den Wiener Volks- und Bürgerschulen im Juni und Juli nur vormittags Unterricht erteilt. Die nachmittags entfallenden Stunden werden nach Möglichkeit auf den Vormittag verlegt.

Frankreich ist neben den Vereinigten Staaten ein Lehrerinnenparadies. Denn dort unterrichten neben 61,000 Lehrern 83,000 Lehrerinnen. Doch ist an dem noch nicht genug. Eine Verfügung des Unterrichtsministers ordnet an, dass, wie wir bereits berichtet haben, von nun an alle erledigten Stellen an gemischten Schulen mit Lehrerinnen besetzt und alle Hilfslehrer, welche an gemischten Schulen tätig sind, bei ihrer festen Anstellung an Knabenschulen versetzt werden sollen. Und warum wohl das? Trotzdem die Lehrerinnen dieselben Pflichten und dieselben Prüfungen wie die Lehrer abzulegen haben, werden sie doch schlechter bezahlt. Also lediglich aus Ersparungsrücksichten wird auch in der freitheitlichen Republik die Lehrerin den männlichen Lehrkräften vorgezogen.

(A. d. L.)

45 Prozent Analphabeten in Rom! Im Adriano-Theater zu Rom wurde am 3. März eine grosse Protestversammlung gegen den immer noch unheimlich herrschenden Analphabetismus veranstaltet. Der Abgeordnete Mazza wies darauf hin, dass trotz des obligatorischen Unterrichts in der Hauptstadt Rom von zehntausend Personen noch immer zirka viereinhalbtausend Analphabeten seien. Die Versammlung nahm eine Tagesordnung an, in der die Regierung zu besserer Dotierung der Schulen und wenn möglich zur Verstaatlichung des Volksschulwesens aufgefordert wird. (Päd. Ztg.)

Der polnische Schulstreik scheint in mehreren Kreisen abzuflauen. Die Androhung, dass die streikenden Kinder über das 14. Lebensjahr hinaus in der Schule behalten werden sollen, bewirkt, dass viele Eltern die Kinder zum Gehorsam gegen die Forderungen der Schule anhalten. Der Tod des Erzbischofs von Gnesen-Posen, des Freundes und Förderers der polnischen Bewegung, hat auch etwas abkühlend auf die Bevölkerung gewirkt. Immerhin haben die Lehrer noch genug zu leiden. Behördlicherseits wurde deshalb auch davon Abstand genommen, die Lehrer zu der am 1. Dezember stattgefundenen Viehzählung heranzuziehen, da man fürchtete, es könnten ihnen hierbei Unannehmlichkeiten bereitet werden.